

## **HdD - Ade? Anmerkungen zu einem Abschiedsbrief**

Die AG Umwandlung hat sich mit einem leicht spöttischen Unterton vom "Haus der Demokratie" verabschiedet. Wer die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in der Friedrichstr. 165 erlebt hat, weiß, daß damit nicht nachträglich unerreichbare Trauben für sauer erklärt werden. Es geht um eine sachliche Auseinandersetzung mit einem gescheiterten politischen Engagement. Gerade deshalb hätte ich es aber gern etwas genauer: Was hat man eigentlich gewollt, was ist passiert, wie sieht es heute aus. Ich selbst gehörte bis zu meinem Rücktritt am 27.VI. 1999 etwa 1 1/2 Jahre dem Vorstand des Hausvereins an. Ich halte das Projekt des Hauses der Demokratie Berlin immer noch für einmalig und wichtig genug, sich öffentlich mit ihm zu befassen.

Die Ausgangslage vor bald 2 Jahren war tatsächlich schlecht. Ich habe die politischen Probleme in einem Artikel im MieterEcho (Nr. 267, März/April 1998) zu beschreiben versucht. Der ökonomische Hintergrund der Schwierigkeiten kam dabei zu kurz: das Haus an der Friedrichstr. war schlicht zu teuer für Basisgruppen, die die Kosten ihrer politischen Arbeit aus den Privateinkommen der Aktivisten aufbringen müssen. Daher stand das Haus immer wieder zwischen fördergeldbedürftigen Zahlern und aufmüpfigen armen Schluckern. Erst der klare Kurs des erwerbenden Beamtenbundes im Herbst 1998 hat allen Illusionen über eine freundliche Übernahme des Hauses der Demokratie ein Ende bereitet. In dieser Situation gelang es dem widerborstigen Hausverein, einen sang- und klanglosen Ausverkauf des Hauses zu verhindern. Wie aber sollte es weitergehen? In dieser Frage gab es verschiedene Positionen. Einerseits den Versuch einer Neudefinition eines basisdemokratischen Projektes, wie er im Verein Haus der Demokratie seit Frühjahr 1998 unternommen wurde. Dies wäre verbunden mit dem Eingeständnis, daß der Auszug aus der Friedrichstr. 165 keinen Erfolg, sondern eine - wenn auch nicht totale - Niederlage darstellt. Andererseits die Hoffnung auf Unterstützung von außen ("die Politik", das "Haus der Menschenrechte" - vulgo die Bundeszentrale von ai), finanziell untersetzt durch eine Kreditfinanzierung für die Errichtung eines repräsentativen Bürohauses von locker miteinander verbundenen Nichtregierungsorganisationen.

Beide Optionen waren nicht zugleich realisierbar. Ein gemeinsames Projekt von Basisgruppen erfordert einen praktizierten politischen Konsens, der gegenseitige Solidarität und Verantwortung auch in finanziellen Fragen trägt. Dagegen stellt eine Hausgemeinschaft von NGOs die politischen Rücksichten und ökonomischen Bedürfnisse jedes einzelnen Partners über ein gemeinsames Auftreten und die unteilbare Verantwortung für das Gesamtprojekt. Aus solchen Unterschieden ergeben sich auch ganz unterschiedliche Anforderungen an die Auswahl eines neuen Hauses. In den Auseinandersetzungen um Gestalt und Ort des neuen Hauses hat der Verein eindeutig den kürzeren gezogen. Mit der Greifswalderstr.4 wurde ein teures und mit mehreren Risiken behaftetes Objekt erworben. Das hat Gründe.

1. Trotz einiger erfreulicher Zugänge war die politische Substanz des Vereins zu gering. Es fehlte an miteinander politisch verbundenen und miteinander geduldigen Menschen, die in ein so unsicheres Projekt Zeit und Kraft stecken konnten. Ein allgemeiner emanzipatorischer Aufbruch ist nicht in Sicht. Nebenbei ist zu berücksichtigen, daß der Verein als Nutzer des Hauses in der Friedrichstr. nicht nur mit den politischen und juristischen Konflikten, sondern daneben mit allem Alltagskram belastet war, wie er sich aus der Verwaltung eines alten und teuren Hauses mit vielen Büromietern unweigerlich ergibt.

2. Dem Verein ist eine Kritik an den eigenen Fehlern der letzten 10 Jahre nicht

gelingen. Deshalb hatte seine Widerborstigkeit ihre Grenze an der Hochachtung vor den "Altkadern" des Herbstes '89, die in der Stiftung Haus der Demokratie derweil zu einer aristokratischen Übernahme von Markenname und Millionen rüsteten.

3. Die Stiftung "Haus der Demokratie" erwachte mit der Aussicht auf eine erhebliche Schenkung des Beamtenbundes zu neuem Leben, ohne jedoch ihre Herkunft als Honoratiorenversammlung ganz ablegen zu können. Mangels eigener Vorstellungen verwandelten die Kuratoren die vage Aussicht auf eine Kooperation mit amnesty international bald in die entscheidende Voraussetzung für einen "Neu-anfang" des Hauses und waren bereit, dem alles andere unterzuordnen: die Interessen der aktuellen Nutzer, die eigene politische Positionsfindung, schließlich die bloße Benutzung des eigenen Kopfs. Eine Prüfung verschiedener Alternativen fand nicht statt.

Amnesty oder Tod! Dieser Engführung wurde von den Vertretern von amnesty international nicht etwa entgegengewirkt, sie wurde vielmehr entschieden betrieben: ihre ultimative Forderung nach Ausschaltung des Hausvereins aus allen Fragen, welche die Gestalt des künftigen Hauses betreffen, sorgte seit Anfang 1999 immer wieder für ebenso langwierigen wie erhellenden Streit. Ai hat damit eine Verantwortung übernommen, die weit über die Anwesenheit eines Mitgliedes dieser Organisation im Kuratorium der Stiftung hinausgeht. Mit der Ablehnung aller anderen Standortalternativen zur Greifswalderstr.4 hat das Votum der ai-Vertreter schließlich die Debatte im Kuratorium am 24. Juni beendet. Dabei war von Anfang an klar, daß ein Kauf der Greifswalder nur bei einer erheblichen Kreditaufnahme möglich sein würde. Die Konsequenzen sind ebenso klar: die durchschnittliche Nettokaltmiete für politische Gruppen liegt knapp über 15 DM/qm - und auch dieses Niveau soll noch nicht ausreichend sein.

Seit dem Juni wurde die Friedrichstr. geräumt, das Geld der Beamten ist geflossen, die Greifswalder 4 ist gekauft. Der Hausverein hat einen befristeten Hauptmietvertrag auf 20% der Fläche, den das Kuratorium aus dem Weg schaffen will. Die (projektierten) Baukosten haben sich - natürlich - verdoppelt, das Geld zur Fortsetzung der Bauten ist knapp, die siegreiche Fraktion hat sich zerstritten. Mit einiger Verspätung kam Mitte November eine Einweihungsfeier zustande. Die erlittenen Verluste und Beschädigungen des letzten Jahres werden den Beteiligten ebenso erhalten bleiben, wie die Belastung durch Zins+Tilgung. Der spöttische Unterton der AG Umwandlung ist daher gut zu verstehen - ein bitterer Nachgeschmack bleibt doch. So rasch wird sich in dieser Stadt niemand mehr finden, der mit 8 Millionen Basisbewegungen einen Platz hätte schaffen können.

P. S. Manchmal führt die Arbeit im Haus auch zu vernünftigen Resultaten. In eigener Sache empfiehlt der Autor die Ausstellung "Der kurze Herbst der Utopie - Berlin 1989/90" (im Netz anzuschauen unter [www.hausderdemokratie.de](http://www.hausderdemokratie.de)).

-

Erstveröffentlichung: MieterEcho Nr. 277 - Dezember 1999/Januar 2000